

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 34 (1954-1955)
Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

Die verschiedenen *preispolitischen Maßnahmen des Bundesrates*, deren Auswirkungen sich nunmehr erkennen lassen, haben besonders in den Linkskreisen beträchtliche Unruhe hervorgerufen. Diese konzentriert sich, neben dem Brotpreis, im wesentlichen auf die Anpassung der Mietzinse, aber man kommt zum Schluß, daß es den Urhebern dieser Bewegungen und Demonstrationen in der Sache selbst nicht immer ganz ernst ist. Der Chef des Volkswirtschaftsdepartements hat sowohl anlässlich der Beantwortung der Interpellation Steinmann im Nationalrat wie auch vor dem Schweiz. Freisinnig-demokratischen Presseverband nochmals in eindeutigster Weise hervorgehoben, daß der Bundesrat nach der Fassung des Bundesbeschlusses *verpflichtet* ist, gewisse Lockerungen vorzunehmen, wenn die Voraussetzungen eingetreten sind, in gleicher Weise wie dies auch für die Übergangsphase der Getreideordnung vorgesehen ist. Wie Bundesrat Rubattel erklärte, sind die Bedingungen für eine Erhöhung der Mietzinse der Vorkriegswohnungen um 10% heute gegeben. Die Lebenskosten haben sinkende Tendenz, während demgegenüber ein leichtes Ansteigen der Reallöhne festzustellen ist bei andauernder guter Beschäftigung. Zu irgendwelcher Beunruhigung der Bevölkerung bestehe kein Anlaß. Im selben Sinne hat sich auch der bekannte Volkswirtschaftler Prof. Ammon in einem stark beachteten Vortrag geäußert. Er führte aus, ein 10%iger Mietaufschlag hätte keine Rückwirkungen auf den Reallohn der Mieter von neuen Wohnungen. Wenn anderseits der Reallohn der Mieter von alten Wohnungen durch den Mietaufschlag etwas verringert werde, so müsse berücksichtigt werden, daß der Reallohn der Altmieten nach der Erhöhung immer noch größer sei als derjenige der Mieter neuer Wohnungen. Im Grunde ist man denn auch bis weit in die Kreise der Arbeiterschaft der Meinung, daß es an der Zeit ist, die Diskrepanz zwischen Altmieten und Neumieten zu lockern.

Der Schluß ergibt sich unschwer, daß die Demonstrationen von gewerkschaftlicher Seite, wenn man die Sache selbst betrachtet, irgendwie etwas künstliches an sich haben. Man wird den Zeichen, unter denen diese Demonstrationen organisiert wurden, zweifellos näher kommen, wenn man sie auf die allgemeinen politischen Umstände zurückführt als auf den speziellen Fall, der das Thema der Demonstrationen bildet. Was nämlich schon anlässlich des doch wohl ziemlich voreiligen Rücktritts von Bundesrat Weber festgestellt wurde, scheint sich zu bestätigen: daß nämlich die Sozialdemokraten zur Zeit etwas den Faden verloren haben und im Begriff sind, den Anschluß zu verpassen. So sind die sozialistischen und gewerkschaftlichen Demonstrationen weniger in dem gar nicht anzufechtenden Ausmaß gerade der Mietzinserhöhungen begründet als in der Befürchtung, daß die staatssozialistischen Tendenzen im Begriff sind, sich, zumindest in diesem Bereiche,

leerzulaufen. Seit dem 6. Dezember 1953 hat der Wind zweifellos gedreht. Das von den Sozialdemokraten voreilig verlassene Finanzdepartement ist in guten Händen. Die Sparinitiativen, die nach dem Willen von Bundesrat Weber in die Schublade gelegt werden sollten, werden bereits in der Junisession vom Ständerat behandelt werden. Die Überlegung der Sozialdemokraten, es lasse sich unter dem Eindrucke des Rücktritts von Bundesrat Weber und mit den notwendigen Preisanpassungen eine Volksbewegung in Gang setzen, hat sich als offensichtlich wenig begründet erwiesen. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß die kürzlichen Erneuerungswahlen in den Kantonen und großen Gemeinden für die Sozialdemokraten eine Enttäuschung darstellen. Obwohl sie gerade in den großen Städten versuchten, die Wohnungsnot vor ihren Wagen zu spannen, haben sie sich nicht durchsetzen können. So ist es ihnen in Zürich nicht gelungen, die Erbschaft des geschwächten Landesrings anzutreten. Dort ist der prozentuale Anteil der Rechtsparteien an der Gesamtstimmenzahl um nahezu 3% größer als vor vier Jahren, während die Linke sich aus dem Rückgang des Landesrings nur mit 1% verbessern konnte. Noch vor 12 Jahren hatten die Sozialdemokraten und Kommunisten die Mehrheit im Parlament und in der Exekutive, und zwar mit 14% über ihrer heutigen Stimmkraft. Mit Recht wird auch darauf aufmerksam gemacht, daß diese Entwicklung sich durchsetzte, obschon die letzten Jahre der Hochkonjunktur gerade der Stadt Zürich einen großen Zuzug an Arbeitern gebracht haben. Der Verlauf dieser und verschiedener anderer Erneuerungswahlen hat deshalb den Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei zu der Feststellung genötigt, daß die Partei und mit ihr die gesamte Arbeiterbewegung nicht mehr die frühere Anziehungskraft auf die Arbeiterschaft ausübe, seitdem wichtige soziale Forderungen der Arbeiterbewegung erfüllt seien und sich die materielle Lage der werktätigen Bevölkerung wesentlich verbessert habe. Der Generalsekretär der Partei hat dieser Feststellung die allgemeine Bemerkung anfügen müssen, diese Stagnation sei nicht allein eine Erscheinung der schweizerischen Sozialdemokratie, sondern «eine allgemeine Erscheinung des Sozialismus unserer Zeit». Man erinnert sich, daß diese Schlußfolgerung schon verschiedentlich gezogen wurde, so im Blick auf die offensichtliche Stagnation der Labourbewegung in England und unter dem Eindruck der Bundestagswahlen in Westdeutschland vom 6. September 1953.

Die Lage der Sozialdemokratie im Vorfeld der Nationalratswahlen des nächsten Jahres ist also nicht gerade günstig, und wenn es dem Bürgertum gelingen würde, die gemeinsame Front zu schließen, wären die Perspektiven zweifellos erfreulich. Es wäre indessen in der heutigen Lage etwas voreilig, wollte man sich in dieser Beziehung optimistische Regungen zu eigen machen. Gerade jetzt wieder zeigen sich, unter dem Zeichen der Schwierigkeiten in der Landwirtschaftspolitik, Spannungen im bürgerlichen Lager, die sich nicht dadurch aus der Welt schaffen lassen, daß auch die rotgrüne Koalition einigen Belastungen ausgesetzt ist. Vielleicht wäre ein großer Teil dieser Schwierigkeiten vermieden worden, wenn der Bundesrat etwas straffere Führung gezeigt hätte. Es ist jedenfalls nicht als ein Meisterstück zu bezeichnen, daß man in Bern mit den notwendigen Anpassungen solange zugewartet hat, bis es zu einer zeitlichen Kumulation von unpopulären Maßnahmen kommen mußte, wie wir sie nun bei dem Dreiklang Mietpreise — Brotpreis — Milchpreis erleben, dem sich als Nebenbelastung noch die Weinkalamität zugesellt.

Jann v. Sprecher

Bericht aus Westdeutschland

Im Gegensatz zu England sind in Westdeutschland im Anschluß an die amerikanischen Wasserstoffbomben-Explosionen keinerlei Anzeichen von Hysterie oder gar von Panik festzustellen. Das ist uns in einigen ausländischen Zeitungen sogar als Gleichgültigkeit vorgehalten worden. So hat eine Sonntagsausgabe der «New York Times» eine ganze Seite der europäischen Reaktion auf die Wasserstoffbombe gewidmet, und auf dieser Seite finden sich ganze zehn Zeilen über Westdeutschland. Da wird uns Deutschen vorgeworfen, wir seien das am meisten auf sich selbst bezogene unter den Völkern Europas und konzentrierten uns auf unser eigenes Wohlergehen. Der Bundestag hätte keine Atomdebatte abgehalten und unsere Politiker, die als ein sonst nicht gerade an Zurückhaltung gewohnter Haufen bezeichnet werden, hätten auch nicht in Volksreden von der Wasserstoffbombe gesprochen. Solche Vorwürfe sind reichlich einseitig, denn in der Bevölkerung selbst sieht das anders aus. Wir haben

hier zwar keine Panik,

aber eine tiefe Unruhe geht doch auch durch unser Volk, wie durch die ganze Menschheit. Wenn der Bundestag schwieg, so legte sich doch die Presse keine Zurückhaltung auf. Bemerkenswert dabei ist nun, daß die innerdeutsche Erörterung durchaus nicht etwa um das Ruhrgebiet ging, das zwei oder drei solcher Bomben zerstören könnten, sondern um die allgemeinen Fragen der Menschheit. So wurde das innerdeutsche Gespräch über die Wasserstoffbombe ein Gespräch der Humanitas. Dabei hätten wir schließlich allen Grund gehabt, unsere eigene, besonders gefährdete Lage zu bedenken, wie es die Engländer taten, die es zu dem großen Krach im Unterhaus kommen ließen. Es hätte nahe gelegen, daß wir unsere Außenpolitik einer Prüfung unterzogen hätten. Auch hierüber konnte man in der «New York Times» bemerkenswerte Feststellungen lesen. Das deutsche Problem, so hieß es da, sei zunächst ein rein militärisches gewesen. Nach der koreanischen Aggression entschieden sich die USA für die Notwendigkeit der deutschen Wiederbewaffnung, und zur Kontrolle dieser Entwicklung erfand der Franzose Pleven die Europa-Armee. Heute, im Zeitalter der Wasserstoffbombe, seien dagegen zwölf deutsche Divisionen «nicht mehr von vitaler Bedeutung für die westliche Verteidigung». Nach Ansicht der «New York Times» verschiebt sich daher das deutsche Problem von der militärischen Seite nunmehr zur politisch-diplomatischen, und schließlich münde es in die Frage des Weltgleichgewichts. Das alles hängt eng mit dem

strategischen New Look

zusammen. Dieser steht und fällt bekanntlich mit der Wirksamkeit oder Unwirksamkeit der These von der Abschreckung durch die stärksten Vernichtungswaffen. In der extremsten Zuspitzung hat der amerikanische Vizepräsident Nixon diese These folgendermaßen formuliert: «Der Besitz der Wasserstoffbombe ist die größte Friedenssicherheit. Im Besitz der Wasserstoffbombe können wir jeden Krieg verhindern.» Nun hören wir in Deutschland, daß auch in anderen westeuropäischen Ländern allerhand Bedenken laut geworden sind. Bei den Engländern handelt es sich um das besondere Bedenken dagegen, daß England von der letzten Entscheidung über die Anwendung der Atomwaffe ausgeschlossen sei. In anderen Völkern steht mehr das allgemeine Bedenken im Vordergrund, ob der Gegner die Unterscheidung zwischen einem örtlich-taktischen und einem strategisch-politischen Einsatz der Atomwaffe mitmachen wird. Mit anderen Worten: Wir befinden uns in Deutschland in dem gleichen Dilemma wie alle anderen Völker. Auf der einen Seite wissen wir, daß die Abschreckungstheorie den Weltfrieden nur dann wirksam

sichern kann, wenn sie keine leere Drohung ist und dem Gegner nicht erlaubt, an der Entschlossenheit des Westens zum letzten Einsatz zu zweifeln. Auf der anderen Seite steht die Gefahr, daß eine Vergeltungsaktion, die zunächst noch als örtlich gedacht worden war, den dritten Weltkrieg auslöst, auf den doch keiner sehenden Auges zusteuert. Statt das deutsche Volk der Gleichgültigkeit zu bezichtigen, wäre also eher die nationale Disziplin anzuerkennen, mit der bei uns keine Panik aus örtlicher Angst gemacht wird, wozu wir doch bedeutende Gründe hätten. Eine andere Frage ist es, ob unsere Zurückhaltung in den großen strategisch-politischen Fragen noch berechtigt ist. In diesen Wochen haben sich die Ansichten über das

Scheitern der Berliner Konferenz

nämlich geklärt. Man weiß heute, daß die Konferenz nicht an der Frage der freien Wahlen selbst gescheitert ist, sondern an der Frage der Folgen, die solche freien Wahlen haben würden. Selbst unter dem Molotow-Plan, unter dem die freien Wahlen sicher nicht ganz chemisch rein gewesen sein würden, rechnen sich die Fachleute doch eine glatte westliche Entscheidung Gesamtdeutschlands heraus. Die Westmächte waren daher bereit gewesen, aus dem Molotow-Plan die gesamtdeutsche Wahlkontrolle zu übernehmen, wenn auch unter neutralem Vorsitz. Nicht bereit waren die Westmächte, einem Bündnisverbot für Gesamtdeutschland zuzustimmen; aber sie sahen ein, daß ihr Vorschlag der Handlungsfreiheit, unter der Gesamtdeutschland die Westverträge entweder annehmen oder ablehnen dürfte, Herrn Molotow nicht genügen konnte. So einigten sich also die Vier auf den Status quo der deutschen Teilung, als das geringste Übel. Denn nicht auf die Wiedervereinigung war es allen Vieren in erster Linie angekommen, sondern auf die

Bewahrung des Gleichgewichtes

So steht heute unter allen ernstesten Beobachtern als Ergebnis der Berliner Konferenz fest, daß eine *Wiedervereinigung Deutschlands nicht möglich ist, wenn sie eine Verschiebung des Gleichgewichtes bedeutet*. Nur in diese Sackgasse ist die Berliner Konferenz geraten, nicht in die Sackgasse überhaupt. Im Gegenteil, sie eröffnete damit den einzigen doch möglichen Weg, nämlich Methoden der Wiedervereinigung zu suchen, die keine Verschiebung des Gleichgewichtes bedeuten. In dieser Klärung liegt die einzige Hoffnung, zumal die militärischen Bewertungen der zwölf Divisionen sich, wie gezeigt, unter dem strategischen New Look verändert haben. Mit diesen Aspekten beschäftigt sich die offizielle deutsche Politik noch zu wenig. Es liegt in unserem Charakter, aus vielen Fragen immer gleich Grundsatzfragen oder gar Prestigefragen zu machen, und so werden die meisten andern Überlegungen durch die Streitfrage über das sogenannte

Gespräch mit Pankow

überschattet. Durch die Übertragung der Scheinsouveränität an die Sowjetzone hat Moskau den Westen vor eine vollendete Tatsache gestellt. Für zukünftige Verhandlungen über die sogenannte kleine Lösung, also über Verkehrs-, Handels- und Reiseerleichterungen zwischen den Zonen, fehlt der sowjetrussische Partner, der die Kompetenzen an die Pankower Puppenregierung abgetreten hat. Will man auch nur den Fahrplan eines Interzonenzuges ändern, so erscheint der Vertreter der östlichen Reichsbahn im Auftrag der deutschen Sowjetzonenregierung, während der Vertreter der westlichen Bundesbahn im Auftrag der drei Besatzungsmächte erscheint, solange die Bonner Bundesregierung diese Zwischenschaltung für besser hält. Eine diplomatische Anerkennung war ja auf der Berliner Konferenz ausdrücklich nicht einmal mit der Einladung Rotchinas nach Genf verbunden, und dieser Ausweg könnte auch für uns akut werden. Solche Details werden nach der

Zweckmäßigkeit zu beurteilen sein. Denn nachdem die vier Großmächte in Berlin die große Lösung nicht geschafft haben, verwiesen sie uns selbst auf die kleine Lösung, damit die 18 Millionen Menschen in der Sowjetzone nicht gänzlich der Hoffnungslosigkeit verfallen. Nachdem man sich zur Bewahrung des Gleichgewichtes dahin geeinigt hat, daß jeder behält was er hat, möchte man den eisernen Vorhang wenigstens etwas unsichtbarer machen. Dagegen bestehen an sich allerhand Bedenken. Die kleine Lösung ist mit der Gefahr der Gewöhnung an den geteilten Zustand verknüpft, mit der Gefahr, einen untragbaren Zustand zu «normalisieren». Doch bleibt mit Rücksicht auf das Schicksal von 18 Millionen Deutschen zunächst nur der Weg der kleinen Lösung übrig. Es wurde schon gezeigt, auf welchem Wege allein der Weg der großen Lösung weiter zu verfolgen sein wird. Von einigen schweizerischen Zeitungen wurde uns vorgehalten, daß wir uns selbst nicht genug für die Wiedervereinigung einsetzten. Der Bundesminister Jakob Kaiser hat zur

gesamtdeutschen Volksbewegung

aufgerufen und damit zugegeben, daß bei uns mehr geschehen müsse als bisher. Aber von der Schweiz her könnte die Sache doch einfacher aussehen als sie ist. Ebenso wenig wie die Schweizer wollen die Deutschen auf ihre Zugehörigkeit zum Westen, ebenso wenig wie die Schweizer auf Sicherheit verzichten. Nun ist nur ein einziger Weg auf der Berliner Konferenz offen geblieben, nämlich eine Wiedervereinigung ohne Verschiebung des Gleichgewichts. Das damit verbundene Risiko tragen ja nicht nur die beiden Mächtegruppen, sondern ganz besonders Deutschland. Wer uns mangelhafte Initiative vorhält, der müßte uns aufrichtigerweise auch auffordern, uns für eine gesamtdeutsche Lösung ohne Militärbündnisse mit der einen oder der anderen Seite einzusetzen. Sonst bleiben solche Ratschläge im Bereich der Deklamationen, von denen wir schon übergenug haben. Es muß zugegeben werden, daß dieses Risiko als Voraussetzung für die Wiedervereinigung in Westdeutschland durchaus nicht allgemein bejaht wird, wie etwa in Österreich, wo sogar die Westmächte einem Verbot von Militärbündnissen zustimmten. Das gleiche Risiko für Deutschland wurde von den Westmächten in Berlin nicht bejaht, und wenn der westliche Einfluß bei uns nicht so stark wäre wie er ist, würden wir uns die Kritik dieser schweizerischen Ratgeber, die uns zur gesamtdeutschen Aktion auffordern, wahrscheinlich noch stärker zuziehen. Wer die Aktion will, muß auch den Weg wollen.

Karl Silex